

b&k Berichte und Kommentare

2/2017

- **Wir haben die Wahl – Zukunft der Demokratie**
- **Neues vom Kirchenasyl**
- **Die Wirtschaft und die Bienen**
- **70 Jahre Darmstädter Wort**

Arbeitskreis Evangelische Erneuerung



- 3 Hans-Willi Büttner: Editorial
- 4 Lutz Taubert: Zukunft der Demokratie
- 7 H.G.Koch: Haben wir die Wahl?
- 9 Martin Kleineidam: Sie haben die Wahl – Synodale und die Politik
- 11 Lutz Taubert: Abgehobene Eliten – auch in der Kirche?
- 13 Paul Kleineidam: Europa-Vision für die Jugend?
- 16 H.G.Koch: Zeitbombe Altersarmut
- 18 Gerhard Monninger: Die Wirtschaft brummt – die Bienen nicht mehr
- 20 Martin Kleineidam: Neues vom Kirchenasyl
- 22 Das Darmstädter Wort – 70 Jahre und schon vergessen?
- 24 Du siehst mich – AEE auf dem Kirchentag
- 27 AEE – bald wird er 50
- 29 Jahrestagung: Kirche von unten
- 30 Regionalgruppen und LT, Adressen, Impressum
- 32 Leila Kleineidam: Ein Bild



Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist kaum zu glauben: Im Januar baten wir den Landessynodalausschuss eindringlich, die Frage nach dem Friedensauftrag der Kirche zur Sache der Synode zu machen. Wir legten unsere Erklärung vor: „Den Drachen an der Leine führen“. Schon im April wird auf der Coburger Synode beschlossen, das Thema in der Frühjahrssynode 2019 aufzunehmen. Dabei stieß die Friedens-thematik zunächst auf wenig Gegenliebe. „Alter Dauerbrenner“ – „bitte-nicht-schon-wieder“! Dann aber fand der Vorschlag, die Sache des Friedens im Rahmen des konzi-liaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöp-fung zu behandeln einstimmiges Gefallen. Na bitte! Da wurde verstanden! Ist gar unsere Erklärung gründlich gelesen worden? Da steht unter 5.3 „Kirche ... muss sich dafür einsetzen, dass Bedingungen ent-stehen und zusammen wirken, die den Frieden ermöglichen: Freiheit, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung“. – Haben wir das echt bei der Landessynode bewirkt? Na

bleiben wir bescheiden! Wir sind jedenfalls erst einmal ein bisschen glücklich. Wir hoffen mit unserer Kirchenleitung auf Gottes guten Geist und seinen langen Atem, wenn es nun darum geht, wozu wir stehen und wohin wir uns bewegen wollen – als Kirche, als Christen-menschen, als Mitverantwortliche. Um Weltverantwortung geht es schwerpunktmäßig in dieser Ausgabe der b&tk.

Die Frage nach der Legitimität von Kirchenasylan, besonders beim Blick auf von Abschiebung bedrohten Afghanen, hat uns in den letzten Monaten umgetrieben. Ein Beispiel für unsere Mitverantwortung. Im April haben wir die Erklärung veröffentlicht „Ermutigung zum Kirchenasyl. Keine Abschiebungen nach Afghanistan! ... AEE wertet Abschiebung nach Afghanistan als Verstoß gegen die Menschlichkeit.“ Der Text ist allen Mitgliedern zugegangen und auch unter www.aee-online.de zu finden. Auf unsere Website will ich Sie besonders hinweisen. Hier informieren wir über aktuelle Vorgänge, die sich in unserer Halbjahreszeitschrift b&tk nicht so leicht wiedergeben lassen. Alle guten Wünsche für den Sommer! Wäre schön, wenn wir uns am 7. Oktober zur Jahrestagung sehen könnten.

Ihr Hans-Willi Büttner

Das Kreuz mit der Demokratie

von Lutz Taubert

Am 24. September ist Bundestagswahl. Wie viele Wählerinnen und Wähler werden zu Hause bleiben, wie viele rechts-extrem wählen? Und wie steht es überhaupt mit der Demokratie auf der Welt?

Wie gut, wie sicher, wie heimisch fühlen wir uns noch in unserer Demokratie? In dieser uns nach dem Krieg und nach einer Diktatur geschenkten „Herrschaft des Staatsvolkes“, die wir lässig mit einem Churchill-Zitat – als „die immer noch am wenigsten schlechte unter allen schlechten Regierungsformen“ bezeichnen? Leben wir immer noch in der Hoffnung, dass – früher oder später – die Idee der Demokratie sich doch irgendwie weltweit durchsetzen würde? Diese Annahme ist in den 90ern nach dem Ende des Kalten Krieges und des Zweiblock-Systems schon in Triumphalismus umgeschlagen, als wir die liberale Demokratie auf dem weltweiten Vormarsch sahen?!

Vorbei diese Zeit des vermeintlichen demokratischen Aufbruchs, ja der Euphorie in Sachen Demokratie! Plötzlich gilt es, die Demokratie zu

verteidigen. Wer hätte das je gedacht!

Wir Demokraten geraten, weltweit sowieso, aber auch im europäischen Umfeld, ja auch selbst bei uns in Deutschland in die Defensive. Als ob wir an etwas mit Zähnen und Klauen festhalten wollten, was immer weniger Menschen als attraktiv erscheint oder auch: sie zu Engagement und Mitgefühl bewegt. Stattdessen: Antidemokratische Strömungen und Wahlenthaltung, Populismus und Gleichgültigkeit, oder alles zugleich. Da steigt in einem neudeutschen Bundesland die Wahlbeteiligung – zugunsten der Rechtspopulisten. Da wird in Frankreich die rechtspopulistische Partei nicht gewählt – bei extrem niedriger Wahlbeteiligung.

Wenn wir über eine „Krise der Demokratie“ nachdenken, können wir trefflich über ethnisch motivierte Herrschaftsmodelle in Afrika, über politisch-religiösen Fundamentalismus in fernen Asien und überzogenen Turbokapitalismus in Südamerika schwadronieren. Doch früher oder später landen wir bei einem offensichtlich globalen Phänomen: Nationalismus und Protektionismus

breiten sich aus, verbunden mit einem Aufschwung autoritärer Politik und autoritärer Politikerpersönlichkeiten. Und da müssen wir plötzlich gar nicht mehr nach Afrika, Südamerika oder ins ferne Asien schauen: Orban – zwar klein, aber immerhin; Le Pen – mit großer Mühe abgewehrt; aber dann Erdogan und Putin; und im selben Atemzug: Trump!

Das ist doch tatsächlich – um den Begriff ein weiteres Mal zu verwenden – ein Phänomen (denn Phänomen bedeutet – politikwissenschaftlich – das äußerliche Erkennen eines Vorgangs, ohne auch gleich seine Ursachen erkennen zu können): Es feiern Politiker (Wahl-) Erfolge, die dominant und aggressiv sind. Und sie werden gewählt, obwohl (oder vielleicht gerade weil?) ein Hang zum Narzissmus, zu zweifelhaften Moralvorstellungen und zur Herrschsucht ihnen eigen ist.

Warum? Wissenschaftler der London Business School haben aus einem unglaublichen Datensatz von weltweit 140.000 Befragten aus 69 verschiedenen Ländern dazu eine in dieser Art bisher wohl einmalige Untersuchung angestellt, in der sie die zwei Persönlichkeitseigenschaften „Dominanz“ und „Kompetenz“ bei Politikerpersönlichkeiten als Variable definierten in Bezug auf

das Wahlverhalten des jeweiligen Wahlvolks. Mit folgendem Ergebnis: Unter dem Druck wirtschaftlicher Unsicherheit und dem Gefühl der Unsicherheit, immer weniger Kontrolle über das eigene Leben beziehungsweise über die eigene Nation zu haben, entscheiden sich Menschen eher für Politiker, die autoritär wirken, als für solche, die als kompetent gelten. Verkürzt ausgedrückt: Ohnmächtige Menschen sehnen sich nach einem starken Machthaber.

Wohlgemerkt: Dies ist eine Studie mit quasi weltweiter Gültigkeit! Und sie stellt ein bestimmtes Wahlverhalten lediglich phänomenologisch fest.

Was für eine normative Empfehlung (die die Autoren der Studie ausdrücklich nicht abgaben) sollen wir nun daraus folgern? Der Einsicht, dass deren Ergebnisse für junge und alte Demokratien eine desaströse Erkenntnis sind und die freiheitlichen Demokratien und deren Wertekanon bedrohen, dürfen wir uns nicht verschließen. Halten wir gleichwohl nüchtern fest: Ökonomische Faktoren beeinflussen nicht nur die Einwohner eines Landes direkt, sondern bestimmen auch ihre Vorliebe für einen bestimmten politischen Führungsstil. Zudem bestimmt das elementare Bedürfnis nach persönlicher Sicherheit und

Geborgenheit ihr politisches Denken und Verhalten ganz wesentlich. Menschen, die sich mit einer Gruppe oder ihrem Land identifizieren, übertragen diesen Wunsch nach Sicherheit gerne auf eben ihre Gruppe oder ihr Land. Durch Identifikation mit autoritären Führern bekommt der Einzelne das Gefühl, selbst Einfluss zu haben.

Aber natürlich kann man sich auch mit einem demokratischen Politiker und dessen demokratischer Partei identifizieren. Die Kompetenz des Politikers ist – nach der vorliegenden Studie – zwar nachrangig, aber auch nicht hinderlich. Im besten Fall sogar zwingend nötig: Das Beispiel Trump, aber auch das Beispiel der „dominant-aggressiven“ Brexit-Entscheidung in Großbritannien legen die Deutung nahe, dass „dominante Lösungen“ nicht funktionieren, wenn sie nicht mit Kompetenz daher kommen. Die wird ja, im Falle Trumps, immer offensichtlicher vermisst. Für Demokraten ist dies ein Hoffnungsschimmer. Letztlich kommt es, neben allem autokratischen Gehabe, auf die Kompetenz an. Alter aufklärerischer Ansatz: Die Vernunft setze sich durch!

Vor allem wird die vernunftmäßige Kompetenz wichtig, wenn es gilt, den Menschen ihr abhanden gekommenes Sicherheitsgefühl wie-

derzugeben. Der legendäre Kanzlerinnen-Spruch „Wir schaffen das!“ ist zwar liebenswürdig und zeugt von humanistischer Gesinnung, aber: Er überzeugte offenbar die Menschen nicht durch Kompetenz. Vielmehr müssen Politiker überzeugende, übersichtliche, nachvollziehbare Lösungen anbieten: Nur so wird den Menschen etwas von ihrer Unsicherheit genommen.

So bleibt es dabei: Demokratie, die am wenigsten schlechte unter allen schlechten Regierungsformen, bedeutet die Mühsal, die beste Kompetenz im Diskurs vieler, aller, in der demokratischen Auseinandersetzung zu finden. Kompetenz gegen Unsicherheit und gegen einfache Lösungen. Wenn Politik Unsicherheit abbauen kann, sind Menschen zu differenzierterem Denken in der Lage – dies die beste Voraussetzung für eine freiheitliche oder rechtsstaatsgebundene Demokratie in Raum der traditionellen Demokratien in Europa und den USA. Wer die Idee dieser Ordnung bei irgendwelchen G7- oder G20-Gipfeln globalisieren will, möge, nachdem das Demokratieexport-Modell des letzten Jahrhunderts als gescheitert gelten darf, von einer liberalen, regelbasierten Weltordnung sprechen. Wenn wir die haben, wären wir schon sehr zufrieden.

Haben wir eine Wahl?

Von Hans-Gerhard Koch

Ja klar, wie haben Bundestagswahl, und es sind nur noch acht Wochen hin. Dann werden wir und hoffentlich viele andere ihr Kreuz bei einer Partei machen. Echte Chancen haben nur die Parteien, die wir schon kennen: CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke, FDP und, leider, auch AfD.

Bei der wenigstens haben wir die Wahl. Wollen wir wirklich Leute wählen, die an die Überlegenheit der Deutschen, an dem schrankenlosen Markt oder den Waffenbesitz für alle Bürger glauben?

Aber dann wird es schon schwieriger. Alle Parteien (mit Ausnahme der Linken) finden es richtig, wenn deutsche Soldaten in Auslandseinsätze geschickt werden oder deutsche Waffen für Milliarden in Diktaturen und Spannungsgebiete exportiert werden.

Alle Parteien (außer Linken und Grünen) wollen schmutzige Dieselmotoren und Kohlekraftwerke noch jahre- oder jahrzehntelang weiterbetreiben.

Alle Parteien, die Regierungschancen haben, wollen nichts wirklich Wirksames geben die soziale Spal-

tung in Reich und Arm in Deutschland tun.

Weder wollen sie den Wohnungsmarkt den Spekulanten entreißen noch die Altersversorgung den Versicherungskonzernen. Das würde ja bedeuten, dass man sich mit Lobbygruppen anlegt, und das wäre ja gefährlich, nicht zuletzt für die Wahlkampfspenden.

Alle Parteien (bis auf die Linke) stehen im Grundsatz zur „Sparpolitik“, mit der Griechenland ins Elend getrieben wurde. Und ebenso zu der Flüchtlingspolitik, die tausende im Mittelmeer und der Ägäis elend ersaufen lässt.

So könnte ich weitermachen. Natürlich müsste ich auch positive Konse- nse erwähnen: Zur deutsch- französischen Freundschaft oder zur europäischen Einigung, zur der Religionsfreiheit oder den Menschenrechten. Wobei allerdings schon wieder zu fragen wäre, wie ernst die genommen werden.

Bitte nicht falsch verstehen: Ich rede keiner allgemeinen Parteien- oder gar Politikverdrossenheit das Wort. Die Demokratie ist sicher die beste aller schlechten Staatsformen,

Kompromisse gehören zum Leben und die Bergpredigt kann man nicht immer unmittelbar in die Politik umsetzen.

Aber etwas mehr Bergpredigt oder auch Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung könnte schon sein.

- Wenn sich eine Partei für eine Bürgerversicherung stark machen würde, bei der alle in Alter und Krankheit gleichermaßen abgesichert wären.

- Wenn wir unsere Entwicklungshilfe endlich auf die 0,7 % des Brutto-sozialprodukt aufstocken würden, zu denen wir uns schon jahrzehntelang verpflichtet haben.

- Wenn wir der zivilen Konfliktbearbeitung endlich den gleichen Stellenwert wie dem Militär zubilligen würden, auch finanziell.

- Wenn wir den Verkehr, die Energie oder die Landwirtschaft in den nächsten 12 Jahren komplett umbauen würden, damit das Ziel des Pariser Klimagipfels wenigstens bei uns erreicht wird.

Das ist ja nicht ein Hirngespinnst von ahnungslosen „Gutmenschen“, es ist ja sogar vernünftig, sogar notwendig. Das eine oder andere geben die Wahlkampfprogramme schon her. Wenigstens geht das in die richtige Richtung. Aber was wird davon übrig bleiben?

Wir haben, im Ganzen gesehen, natürlich schon eine Wahl. Wollen wir unseren Kindern und Enkeln die ganze Last der ungelösten Zukunftsprobleme aufbürden?

Wollen wir ihnen eine Welt voller Müll, Gewalt und Abschottung hinterlassen? Das ist die Wahl. Wählen gehen!



Foto: flickr.com

Sie haben die Wahl

Eine Veranstaltung mit Synodalen in Bayreuth

Ein Bericht von Martin Kleineidam

In unsere Synode wurden –mit Bedacht – evangelische Politikerinnen und Politiker berufen. Wie positionieren sie sich am 24. September?

Aus diesem Anlass lud die Stadtkirchen-Gemeinde Bayreuth, die Evangelischen Bildungswerke Bayreuth, Bad Berneck und Pegnitz und der Freundeskreis der Evangelischen Akademie Tutzing zu der Reihe „Was es heute heißt, protestantisch zu leben“ in die Stadtkirche ein.

Peter Meyer von den FREIEN WÄHLERN, Verena Osgyan von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Markus Rinderspacher von der SPD sowie Staatsminister Dr. Markus Söder von der CSU sollten in ihren Referaten dazu Stellung nehmen, was ihr Glaube für ihr Leben austrägt. Die Gemeinsamkeit der vier Personen lag in ihrer Mitgliedschaft in der Landessynode der Evangelischen Kirche Bayerns.

Bibel, Reformation und Freiheit

Als Grundlage ihres Glaubens fanden die Synodalen Söder (Hörbibel), Osgyan (Familienbibel von 1555) Rinderspacher seinen

Konfirmationsspruch Römer 14,17 die Schrift. Für Meyer erwies sich Luthers Lehre über die *particulae exclusivae* (*sola scriptura, solus Christus, sola fide* und *sola gratia*) zwar auch als Fundament seines Glaubens. Aber die Freiheitsschrift von Martin Luther von 1520 und die Verantwortung in Welt und Politik hatte in seinen Ausführungen besonderes Gewicht.

Kirchenasyl und Toleranz

Während Meyer (sogar als Verwaltungsjurist), Osgyan und Rinderspacher sich zum Kirchenasyl bekannten, schwieg Söder zu diesem Thema, betonte aber den Respekt vor der eigenen Religion des Christentums, der ihm im Dialog der Religionen fehle. Die eigene Haltung wie Luther in Worms sei wichtig; ein Konsens könne auch Nonsense sein, meinte der Staatsminister der Finanzen, Landesentwicklung und Heimat. Söder bekannte sich zum Geist des Christentums als Leitkultur und zur Volkskirche. Die Kirche müsse mit Mission im Internet an die Menschen herantreten.

Glaube und Politik

Für Osgyan war Luthers Auftreten in Worms Vorbild in ihrem Widerstand gegen die Atomkraft (Eintritt bei den GRÜNEN kurz nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl), für ihr Engagement bei der Eine-Welt-Arbeit und für ihren Einsatz hinsichtlich der Bewahrung der Lebensgrundlagen für die nächste Generation (Beispiel Erhalt des Weltklimas). Als einzige thematisierte Osgyan die Gleichheit von Mann und Frau. Während in der Synode immerhin 40% Frauenanteil vorherrsche, wären es im Landtag derzeit lediglich 28%. Wie Rinderspacher betonte sie den Hoffnungsaspekt des Christentums (als Basisbewegung heute z. B.: Pulse of Europe). Das sei dringend notwendig im Blick auf das Schwinden der Demokratie weltweit und gegenüber dem Erstarken des Nationalismus.

Rinderspacher zeigte sich als Exeget, der den Sitz im Leben seines Konfirmationspruches (Reinheitsvorschriften von Essen und Trinken) von dessen Gerechtigkeits- und Friedensintention (Teilen von Essen und Trinken angesichts des Hungers in der Welt) zu unterscheiden wusste. Als einziger kritisierte er die Verteilung von Reichtum auf der Erde. „8 Milliarden vereinen so viel Reichtum auf sich wie die Hälfte der gesamten Menschheit.“ stellte

der Politiker und Christ fest. Aber auch in Bayern sprach Rinderspacher von sozialer Ungleichheit. Er konstatierte, dass jedes 7. Kind in Bayern die Schule ohne Abschluss verlässt und den Betroffenen später Partizipationsmöglichkeit am Arbeitsmarkt fehle und Altersarmut drohe.

Gegenüber den 5 Säulen des Reiches Gottes (Bewahrung der Schöpfung, Gerechtigkeit, Frieden, Gleichheit und Freiheit) fanden sich verschiedene Akzentsetzungen bei Meyer, Osgyan und Rinderspacher, während sich Söders Frömmigkeit auf die Privataspekte des Glaubens konzentrierte: Gebet, Reden über Glauben im Gesprächskreis und ein Leben nach dem Tod. „Christus war kein Sozialrevolutionär“ hielt der Staatsminister und Christ anderen Jesusinterpretationen entgegen, ohne diese auszuführen. Die Kürze des Vortrags, der eine halbe Stunde für Nachfragen gewährte, die Brillanz in der Rhetorik und der Humor, der u. a. auf Kosten von Pfarrern ging (Beispiel: „Die Bibel ist eine frohe Botschaft, auch wenn man durch Pfarrer in der Kirche den Eindruck vermittelt bekommt, die Last der Welt laste auf deren Schultern.“), fand Anklang bei der Mehrheit des Publikums. Als Relevanz des Glaubens für die Politik strich Söder das Vergeben heraus. Das Vergessen stünde auf einem anderen Blatt.



Fotomontage: Kleineidam

Abgehobene Eliten – auch in der Kirche?

Von Lutz Taubert

„Die da oben – wir hier unten“. Nicht nur Populisten denken in dieser Schablone. „Die da oben“, das sind die Chefs, die Macher, die „Abgehobenen“, die Eliten, die wie auch immer Bevorteilten. Eigentlich ein alt bekannter politischer Aufschrei eher aus der linken Ecke. Doch heute ist diese Polemik plötzlich für alles und für jeden gut. Vor allem für Populisten. Vernünftige rätseln, wie es einem Milliardär namens Trump gelingen konnte, sich als Kämpfer des Volks gegen „die da oben“, die „Elite“ verkaufen konnte.

Wie dem auch sei: Wir haben es hier mit einer volkstümlichen

Schlagzeile zu tun, die irgendwie unsere gesellschaftliche Ungleichheit, eben das Oben und Unten und auch das Phänomen der zunehmenden gesellschaftlichen Segmentierung beschreibt. Die da oben, das sind immer auch die anderen, zu denen wir nicht gehören. Auch wir in der Kirche dürfen, müssen uns die Frage stellen, woher dieses „Die da oben – wir hier unten“ kommt und ob es nicht auch innerhalb unserer christlichen Religion, in unserer lutherischen Landeskirche und womöglich auch in Bezug auf unsere Ortsgemeinde so ein Gefühl des Oben und Unten, des Innen und Außen, des „Die einen gehören

dazu" und „Wir anderen gehören nicht dazu" gibt.

Da greifen wir zurück auf ein erfrischend polemisches Büchlein, nun schon einige Jährchen alt, namens „Kirchendämmerung“, das der stets streitlustige und immer zu einer guten Polemik aufgelegte Sozialethiker Friedrich Wilhelm Graf einst (2011) mit flotter Hand hingeworfen hatte. Darin listete er in unreformatorischer Gnadenlosigkeit die sieben „Kardinal-Untugenden“ der Kirchen auf – dazu zählen unter anderem der Niedergang der Wortkultur und der Aufschwung der Wellness-Religion, „Moralismus“ und die ewige Besserwisserie, «Demokratievergessenheit» und «Selbstherrlichkeit». Die Pfarerschaft (vor allem in ihrer kulturprotestantischen Erscheinungsform), deren vornehmste Aufgabe es ist und war, Herzensfrömmigkeit und kritische Rationalität zu verbinden, sieht Graf in der Gefahr einer «kleinbürgerlichen Klerikerkaste» mit erschreckender «Bildungsferne». Schließlich presst der Sozialethiker seine Innen- und Außensicht in die und auf die Kirchen in folgende nicht gerade schmeichelhafte Conclusio: "Die deutschen Kirchen sind stark vermachtete und verfilzte

Organisationen mit viel Pfründenwirtschaft zur Alimentierung von Funktionären, die gern unter sich bleiben und miteinander in einem verquastem Stammesidiom kommunizieren, das für Außenstehende unverständlich bleibt – der ideale Nährboden für Schweigekartelle und Wagenburgmentalität."

Wenn diese steile Aussage auch nur auf einen kleinen Teil (der Mitarbeiterschaft insgesamt) zuträfe, so wäre sie ein glänzender Beleg dafür, dass unsere Kirche dabei ist, sich in einen kerngemeindlichen Verein der ewig Gleichgesinnten zu verwandeln, der sich nach außen streng abschottet. Die sogenannte Milieutheorie, wonach der Protestantismus sich in seinem selbsterzeugten Milieu wohlfühlt und einkuschelt, hat ja den ausgrenzenden Gegeneffekt, dass andere Milieus nicht mehr angesprochen und angezogen werden. Wenn also in unserem einst christlich geprägten Land mit „die da oben“ oder „die anderen“ auch die christliche Kerngemeinde und die kirchliche „Funktionseliten“ (Graf) gemeint sind, dann ist das, 500 Jahre nach der Entdeckung des „Priestertums aller Gläubigen“, eine für die Gesellschaft und die Kirchen verdammt gefährliche Entwicklung.



Foto: kinderzeitmaschine.de

Europa – Vision für die Jugend?

Von Paul Kleineidam

Wie stehen die Jungen zur Demokratie? Wir haben einen Abiturienten gebeten, etwas dazu zu schreiben. 1968 ist lange her, oder?

Die ungelöste Eurokrise, länderübergreifende Staatsverschuldung, das Aufkommen anti-europäischer Parteien wie des Front National in Frankreich oder der AfD in Deutschland, das in den Nationalismus abdriftende Polen, hohe Arbeitslosenquoten in Spanien und Griechenland, die im Jahr 2015 begonnene „Flüchtlingskrise“ und der Austritt Großbritanniens aus der EU... Wer all das anschaut, der bekommt schnell den Eindruck eines

Europas, welches von innen heraus zu zerbrechen droht.

Ja, es gibt Probleme, aber erstens wären sie alle gut lösbar! (die Eurokrise durch einen Europäischen Finanzminister, die Staatsverschuldung durch das „schwarze Null“-Konzept von Wolfgang Schäuble, die „Flüchtlingskrise“ durch eine gerechte Verteilung der Geflüchteten, der Brexit durch einen „weichen Brexit“.) Und zweitens sollten wir neben den ganzen Krisen nicht vergessen, was wir der Europäischen Union alles zu verdanken haben und wie es ohne sie auf unserem Kontinent wohl aussehen würde. Über Jahrhunderte hinweg lagen die verschiedenen Nationen Europas

immer wieder miteinander im Krieg. Doch nach 1945 begann endlich eine Zeit des Friedens, des Aufbaus und der europäischen Zusammenarbeit, die schließlich mit der Gründung der Europäischen Union ihren Höhepunkt fand. Für mich ist die EU *das* große Friedensprojekt Europas. Wir leben heute mit ausnahmslos allen europäischen Staaten in Freundschaft, was nur einige Jahrzehnte zuvor ganz und gar undenkbar war. Dies ist ein unsagbar kostbarer Schatz, den ich nicht als Selbstverständlichkeit erachte und für dessen Sicherheit wir uns auch heute noch einsetzen müssen, um ihn nicht zu verlieren.

Es gibt den europäischen Binnenmarkt, der den zollfreien Warenverkehr zwischen allen EU-Ländern garantiert. Unser Wohlstand hängt nicht zuletzt von diesem offenen Wirtschaftsraum ab. Auch unser zu kritisierendes, auf stetiges Wachstum angewiesenes Wirtschaftssystem profitiert davon.

Ganz anders sieht es dagegen mit einer Ressource aus, die wir Menschen nicht industriell herstellen können – unserer aus Flora und Fauna bestehenden Natur. Doch selbst hier übernimmt die EU politische Mitverantwortung und gibt international ein angemessenes Vorbild ab (auch wenn noch immer großer Handlungsbedarf besteht und wir uns nicht nur auf Vater

Staat verlassen dürfen, wenn es um die Erhaltung unserer lieben Mutter Erde geht). EU-Richtlinien geben den europäischen Nationen Maßstäbe zum Umweltschutz vor. Dieser in meinen Augen überaus bedeutende Aufgabenbereich stellt sicher, die verschiedenen Kulturkreise unseres Kontinents laufend daran zu erinnern, dass wir Europäer durch unseren Lebensstil in der Vergangenheit und auch heute noch den Ökosystemen (sowohl an Land als auch in den Meeren) großen Schaden zugefügt haben und noch zufügen. Diese Rücksichtslosigkeit gegenüber der Natur haben wir schleunigst zu beenden und wenn möglich vollständig wiedergutmachen. Ich schließe mich hierbei in den Kreis der Angesprochenen und der dafür Verantwortlichen mit ein!

Neben der supranationalen herrscht auch eine intergouvernementale Zusammenarbeit zwischen den Einzelstaaten. Die EU sorgt somit nicht nur für politischen Dialog zwischen den Ländern, sondern darüber hinaus auch für eine auf Gegenseitigkeit beruhende Kooperation im gesamten EU-Raum. Sie bildet dadurch eine vorbildliche Art und Weise, die Integration und den Frieden in Europa voranzutreiben bzw. aufrechtzuerhalten.

Alle Mitgliedsstaaten bewahren in bestimmten Bereichen (z.B. im Bildungssystem) jedoch auch ihre Selbstständigkeit. Diese auf dem Grundsatz der Subsidiarität beruhende Facette der EU sorgt für ein gewisses Maß nationaler Unabhängigkeit, welche die Vielfalt der europäischen Kulturen und Traditionen bewahren soll.

Ganz besonders hervorzuheben sind jedoch die sog. „Vier Freiheiten“ (freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr) die in jedem EU-Staat für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger gleich gelten.

Demnach ist es mir möglich, in jedem EU-Land wohnen, studieren und arbeiten zu können. Durch das Schengener Abkommen sind Grenzkontrollen hinfällig geworden. Im gesamten Euroraum kann mit dem

Euro bezahlt werden, was für mich besonders in den Ferien äußerst praktisch ist, wenn ich mal wieder in Italien die Sonne genieße.

Alles in allem sehe ich für mich persönlich ausschließlich Vorteile darin in der EU zu leben und ich bin dankbar für all die Privilegien, die mir als EU-Bürger zuteil werden.

Für den Fortbestand und die Weiterentwicklung dieses auf der Welt einzigartigen Bündnisses braucht es politische Mitverantwortung und Teilhabe, v.a. von Seiten meiner Generation, damit wir unsere eigene Zukunft formen können und sie uns nicht aus den Händen nehmen lassen.

Die Basis, auf der wir aufbauen, ist nicht perfekt, aber sie ist stabil und hat Potential und das sollten wir nutzen.



Foto: wikipedia

Zeitbombe Altersarmut Eine Katastrophe mit Ansage Von Hans-Gerhard Koch

Es heißt immer, die Jugend sei unsere Zukunft. Aber das ist falsch. Was uns wirklich blüht, ist das Alter. Viele von uns sind schon mitten drin. Eines bleibt den meisten b+k-Leserinnen und Lesern neben allerlei Altersbeschwerden allerdings erspart: die Altersarmut. Die meisten von uns haben Pensionen in Höhe von über 70% ihres letzten Einkommens, und auch die Angestellten im öffentlichen oder kirchlichen Dienst kommen mit Zusatzversorgung wenigstens auf 60% - allerdings hier schon nur des Durchschnittseinkommens im ganzen Arbeitsleben.

Und da wird es schon schwierig: wer eben nicht die von der Politik immer noch angenommenen 45 Beitragsjahre in der Rentenversicherung hat, für den, vor allem für die wird es schnell eng. Wer arbeitslos wird, womöglich länger, für den wird nur ein verschwindend geringer Beitrag bezahlt, und Frauen, die mehr als die ihnen zugestandenen zwei Jahre nicht berufstätig sind, bekommen zusätzlich Rentenlücken.

Am Ende haben schon heute der Durchschnitts-Neurentner in Bayern

1020 und die Durchschnittsrentnerin nur 566 Euro (Zahlen von der Deutschen Rentenversicherung). Davon gehen noch Steuern und Krankenversicherung ab.

Das ist aber nicht das Ende der Fahnenstange: Von jetzt 48% des Nettoeinkommens soll die Rente ab 2030 auf 43% sinken. Schon jetzt beträgt die Grundsicherung für Rentner - das heißt der Mindestbedarf für den Lebensunterhalt - etwa 850 €. Es ist absehbar, dass immer mehr Rentnerinnen und Rentner in diese Grundsicherung fallen. Sie werden dann entweder ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse offen legen und ggf. alles Vermögen verbrauchen oder sich noch mehr einschränken müssen.

Eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, teure Medikamente, Geschenke an die Kinder und Enkel, ein Auto oder einen Urlaub gibt es dann nicht mehr. Schon sind mehr als eine Million alter Menschen auf Grundsicherung angewiesen, der Prozentsatz insgesamt ist mit 3% zwar noch niedrig, hat sich aber seit 2003 schon mehr als verdoppelt. Gleichzeitig steigen die

Lebenshaltungskosten, vor allem Mieten in Großstädten.

Es wird – auch in unseren Gemeinden – zunehmend zwei Arten älterer Menschen geben: nach wie vor gutsituierte, die sich vieles leisten und sich auch ehrenamtlich engagieren können. Und immer mehr, die jeden Euro umdrehen müssen, auch den Seniorenausflug nicht mehr mitmachen können und statt Ehrenamt die Rente mit Minijobs und Flaschensammeln aufbessern müssen. Wenn immer wieder behauptet wird, dass das eben so sein müsse, weil es so wenige Junge und so viele Alte gibt, ist das zynisch und zudem falsch.

Unser Nachbar Österreich macht es uns vor: hier sind die Rentenhöhen fast doppelt so hoch wie bei uns. Allerdings zahlt da jeder und jede mit dem gesamten Einkommen ein – auch Beamte und Freiberufler. „Riester-Rente“ gibt es nicht, dafür zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer 50%, es gibt keine Schlagseite zuungunsten der Arbeitnehmer. Und es gibt in Österreich eine Mindest- und eine Höchstrente. Grundsicherung ist nicht notwendig.

Der Wahlkampf naht – sollten sich die Älteren, egal wie sie finanziell dastehen, nicht deutlich zu Wort melden?



Foto: Wikipedia

Ein Gespräch über Bienen

Von Gerhard Monninger

Die unverdrossene Bienenschar fliegt hin und her, sucht hier und da rhr ´ edle Honigspeise. So dichtete Paul Gerhardt. Die Zeiten haben sich geändert.

„Was sind das für Zeiten, wo ein Gespräch über Bienen fast ein politisches Fanal ist, weil es ein Aufdecken so vieler Untaten einschließt!“ – so möchte man heute das bekannte Gedicht von Bert Brecht abwandeln.

Honig, das ist Überfluss und Wohlbefinden. In der ägyptischen Mythologie galt er als Träne des Sonnengottes Ra. Im Alten Testament soll Mose das Volk Israel in ein Land führen, in dem Milch und Honig fließen. Und auch heute noch haftet dem Honig der Ruf des flüssigen Goldes an.

Die Deutschen sind Weltmeister im Verzehr von Honig. Pro Kopf und Jahr vernaschen sie im Durchschnitt knapp anderthalb Kilogramm.

In dieses süße Glück ist der Blitz des Bienensterbens gefahren.

„Wenn die Biene einmal von der Erde verschwindet, hat der Mensch nur noch vier Jahre zu leben.“ Albert Einstein soll das vorhergesagt haben – der Satz stammt nicht von ihm, aber falsch ist er deswegen nicht:

Keine Bienen mehr, keine Bestäubung mehr, keine Pflanzen mehr, keine Tiere mehr, was bleibt dann noch für den Menschen?

Das Verschwinden der Bienen hat schon begonnen. In den USA ist etwa jedes vierte der 2,4 Millionen US-Bienenvölker zusammengebrochen. Wenn das Bienensterben nicht bald endet, könnte es ernsthafte Folgen für die Nahrungsmittelversorgung haben. Die „unverdrossene Bienenschar“ produziert nicht nur Honig, sondern bestäubt auch mehr als 90 Gemüse- und Obstsorten, das beginnt bei Äpfeln und endet nicht bei Zitrusfrüchten.

Auch in Deutschland gibt es seit 1961 einen Rückgang der Bienenpopulation von über 50 Prozent. Vermutlich trägt dafür nicht ein Faktor alleine die Verantwortung, sondern ein Zusammenwirken mehrerer Faktoren.

Einer davon ist die Intensivierung der Landwirtschaft: Durch den Einsatz von Herbiziden und moderner Ackerbautechniken, z.B. mehrmaliges Mähen von Wiesen vor der Blüte, sind auf Feldern nur noch wenig blühende Pflanzen zu finden. Das berüchtigte Pestizid Glyphosat spielt dabei eine unselige Rolle. Es ist ein Totalherbizid. Landwirte besprühen ihre Äcker vor der Aus-

saat, um sicherzugehen, dass dort absolut nichts mehr gedeiht – außer der anschließend gesäten Kulturpflanze. Wind und Regen sorgen zudem dafür, dass die Chemikalie sich auch über angrenzende Felder ausbreitet. So werden Kräuter vernichtet, die auf dem Speiseplan von zahlreichen Insekten stehen. Eine Kettenreaktion: Wenn sich deren Bestände verringern, fehlt auch Vögeln die Nahrung. Dass Glyphosat die Artenvielfalt gefährdet, leuchtet sofort ein.

Bezogen auf die Bienen: Artenreiche Naturwiesen weichen artenarmen überdüngten Monokulturen. Durch den daraus resultierenden Blütenpollenmangel sind Bienenvölker mangelernährt und anfälliger, z.B. für den berüchtigten Bienenschädling, die Varroa-Milbe.

In dieser trüben Lage gibt es ein Licht am Horizont: Bewohner der großstädtischen Ballungszentren haben das Imkern neu entdeckt.

Uns Menschen erscheinen Städte oft als grau und lebensfeindlich. Dass dem nicht so ist, steht z.B. bei bienenkiste.de/urban-beekeeping.

Denn Bienen fühlen sich in der Stadt rundum wohl! Diese Tatsachen sprechen dafür:

- Parkanlagen, Hausgärten, Alleen, verwilderte Grundstücke, ja selbst Verkehrsinseln und Balkonpflanzen bieten den Bienen vom Krokus im Frühjahr bis zur Goldrute im No-

vember stets einen reich gedeckten Tisch.

- Bienen sind wärmeliebende Tiere. Das Mikroklima ist in der Stadt im Durchschnitt um zwei bis drei Grad wärmer als im Umland. Das heißt: Stadtbienen sind im Frühjahr zeitiger und im Herbst länger unterwegs.

- Stadtimker ernten deutlich mehr Honig als Landimker.

- Stadtimker kümmern sich um ihre winzigen Lieblinge oft hingebungsvoll, denn für viele ist dieses spannende und natürliche Hobby der perfekte Ausgleich zum Job im Büro oder in der Firma.

- In der Stadt werden weder Pflanzenschutzmittel gegen Insekten versprüht noch besteht die Gefahr, dass genveränderte Pflanzen angebaut werden.

Das heißt: Bienen und Stadtmenschen passen perfekt zusammen!

In München gibt es schon seit 2011 Bienenstöcke auf prominenten Dächern der Stadt. Dabei sind u.a. der Gasteig, die Neue Pinakothek, die Seidlvilla, die Kirche St. Maximilian, das



Umweltministerium und der Landtag. Seit dem Frühjahr 2016 gibt es auch auf dem Dach der evangelischen Lukaskirche an der Isar zwei Bienenvölker. Was spricht dagegen, dass sich Kirchengemeinden überall im Land anschließen?

Kurse, in denen gelehrt wird, wie man einfach und ökologisch imkern kann, werden inzwischen in vielen Großstädten angeboten. Und beim Kirchenkaffee kann dann vielleicht bald der eigene Honig vom Kirchengdach auf den Tisch kommen.

Kirchenasyl

Der AEE in Diskussion mit Kirchenleitung, Staat und EU

Von Martin Kleineidam

1. AEE für Kirchenschutz der Geflüchteten aus Afghanistan

Nach unserer Stellungnahme zu den Abschiebungen nach Afghanistan vom April (Stopp der Abschiebungen und Ermutigung, Kirchenasyl zu gewähren, (www.aee-online.de) gab die Abteilung C des Landeskirchenrates ein Schreiben an Kirchengemeinden und Dekanatsbezirke heraus. Auf dieses Schreiben, das u.E. vom Druck der Bayrischen Staatsregierung, Kirchenasyle zu minimieren, geleitet ist, reagierte das LT mit einem Brief an den Landeskirchenrat vom 6. Juni '17. (aee-online.de; Facebook-Seite aee).

Einige Stichpunkte des Briefs:

- *Flüchtlinge nach Afghanistan abzuschicken ist gegenwärtig ein Verstoß gegen die Menschlichkeit. Wir meinen, unsere Kirche sollte*

genau dies deutlich machen. In Ihrem Schreiben kommt es leider nicht zum Ausdruck.

- *Wir fordern Sie auf, das Wort der Landessynode in die Tat umzusetzen, nämlich Kirchengemeinden bei der Entscheidung für ein Kirchenasyl und dessen Durchführung zu unterstützen. Stattdessen ermuntern Sie mehr oder weniger zum Ausstieg aus einem Kirchenasyl. Diese Distanzierung befremdet!*

- *Schließlich vermissen wir (und ganz sicher die kirchenasylgebenden Gemeinden) eine differenzierende Rechtsposition der Landeskirche zum Kirchenasyl. Dass eine Staatsanwaltschaft bei der Beurteilung der Rechtslage etwa das Opportunitätsprinzip anwenden kann (nach dem nicht gravierende Straftaten nicht verfolgt werden müssen) bleibt gänzlich unerwähnt.*

2. Strafverfolgung gegen Pfarrerrinnen und Pfarrer wegen Kirchenasyl – selbst ein Straftatbestand

Beim Kirchentag in Berlin gab es eine Veranstaltung zum Thema Kirchenasyl, dort bezeichnete Percy McLean (Rechtsanwalt und Verwaltungsrichter i. R., Berlin) die Strafanzeigen gegen Pfarrer als „Verfolgung Unschuldiger“, bei denen sich die Staatsanwälte selbst strafbar machten. Kirchenasyl sei „Ausdruck verfassungsrechtlicher Grundordnung“ (Art. 17 GG) und Ausdruck einer jahrhundertealten Tradition in unserem Abendland. Eine Räumung (Mannheim!) sei Frevel. Bundesweit gibt es 321 Kirchenasyle mit 539 Personen (Stand 25.5.17).

3. Neuer Verein gründet sich unter Beteiligung von AEE-Mitgliedern

Da Gemeinden sowie Asyl gebende Pfarrerrinnen und Pfarrer unter Rechtfertigungs- und Anklagedruck geraten, beabsichtigt eine Schar von Unterstützern einen eigenen Verein zu gründen. Er soll Asyl gebende Gemeinden bei der Vergabe von Kirchenasyl professionell beraten und begleiten. Der Name wird wohl „Matteo – Kirche und Asyl“ heißen. Die Gründungsversammlung soll am 17.Juli stattfinden.

4. Petitionsausschuss der EU – Bitte um Unterstützung

Der Petitionsausschuss des Europaparlamentes hat mit Schreiben vom 22. Juni 2017 die Petition für ein gerechtes Asylrecht in Europa anerkannt und auf seine Homepage gesetzt. Der AEE macht die veralteten Dublin-Gesetze und die fehlende Solidarität in Europa mit Flüchtlingen dafür verantwortlich, dass es auch hinsichtlich des Kirchenasyls zwischen Staat und Kirche Konfliktstoff gibt. Dieser Konflikt könnte behoben werden. Bitte melden Sie sich daher wie beim Petitionsportal der EU an. Registrieren Sie sich bitte unter:

<https://petiport.secure.europarl.europa.eu/petitions/de/home>. Zum Unterstützen bitte nach Petition Nr. 0013/2017 suchen (oder Stichwort Asyl; 2017). Sie kann auch unter <https://secure.avaaz.org/de/...> unterstützt werden. Dort wurden bis 30.6.2017 222 und auf dem Kirchentag beim Stand des AEE 74 Unterschriften gesammelt.

Nach der Aufnahme der Petition beim EU-Portal möchte der AEE in den Sommermonaten nun für ein neues gerechtes Asylrecht in Europa Werbung machen. Bitte helfen Sie mit.



Die Helfer Reichel, Ahmed, Koteaba, Tanja - Kirchenasyl abgeschlossen 2016

Foto: Martin Kleinedam

Das Darmstädter Wort – schon vergessen

Ein unbeliebtes, aber notwendiges Jubiläum

Von Hans-Gerhard Koch

Siebzig Jahre ist es her: am 8. August 1947 veröffentlichte der „Bruderrat der Bekennenden Kirche“ das „Darmstädter Wort zum politischen Weg unseres Volkes“. Karl Barth und Hans-Joachim Iwand verfassten den Entwurf, Martin Niemöller und Hermann Diem überarbeiteten ihn.

Hatte das „Stuttgarter Schuldkenntnis“ von 1945 nur höchst allgemein bekannt, dass die evangelischen Kirchen „nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht

fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben“, so war das vielen in der Bekennenden Kirche zu wenig. o benennt das Darmstädter Wort zwei Jahre später, 1947, „Irrwege“ der Christenheit in Deutschland, die aus Sicht der Autoren lange vor das Jahr 1933 zurück weisen. Es ist Schuld der reformatorischen Kirchen, dass die notwendigen, auch revolutionären Gesellschaftsveränderungen blockiert und so dem Nationalsozialismus den

Weg zur Macht geebnet wurde Die „Irrwege“ werden im Darmstädter Wort im Unterschied zur „Stuttgarter Erklärung“ konkret benannt: - der nationalistische und militaristische Irrweg,, den Karl Barth in seinem Eröffnungsreferat „Was heißt es denn, ich bin ein Deutscher“ aufzeigte,

- der feudalistische und kapitalistische Irrweg, demgegenüber Iwand das „Recht auf Revolution“- unerhört bis dahin in einer evangelischen Kirche – begründete,

- der Irrweg des Kalten Krieges, bei dem der Bruderrat sich gegen weltanschauliche Frontenbildung wandte,

- der „antimarxistische Irrweg“, den Karl Barth so formulierte: „Wir sind in die Irre gegangen, indem wir den ökonomischen Materialismus der marxistischen Lehre als ein Licht der leiblichen Auferweckung Jesu Christi und als Licht der umfassenden Prophetie Jesu Christi übersahen,“

Das Darmstädter Wort wurde nicht als Position der neu gegründeten Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) übernommen. Ihr Ratsvorsitzender Otto Dibelius war für Restauration: „Was heißt Neubau? Wir haben 1945 da wieder ange-

fangen, wo wir vorher aufhören mussten.“

Er sprach im Blick auf das Darmstädter Wort gar von „Religionsbolschewismus“. Auch in Bayern stieß das Darmstädter Wort auf Ablehnung, sogar bei der Bayerischen Pfarrbruderschaft. Man sprach von einer „illusionären Diesseitsgläubigkeit“ (Walter Künneth) und „Politischer Theologie“ – „politisch“ war in Bayern wie seit eh und je nur, was links war. Die führenden lutherischen Theologen wie Künneth und Elert dachten in Kategorien der Ordnungstheologie und deswegen antikommunistisch, staatstreu und sozial unkritisch.

Heute, nach 70 Jahren, ist es für mich frappierend, wie aktuell das Darmstädter Wort ist und eine verpasste Chance für eine Vision von Kirche. Vieles haben wir vom AEE – manchmal ohne es zu wissen - in den Jahren nach 1968 aufgegriffen. Vieles ist bedrängend aktuell: Der Feudalismus von damals ist der Finanzkapitalismus von heute. Der Kalte Krieg schien überwunden, nun übt die NATO schon wieder in Osteuropa. Das Militär hat auf der ganzen Linie versagt, aber Deutschland soll seine Rüstungsausgaben verdoppeln. Die Auseinandersetzung mit dem weltweiten Kapitalismus, die Papst Franziskus führt, ist in den reformatorischen Kirchen

kaum sichtbar. Nicht einmal im „Lutherjahr“ kommt Martin Luthers kapitalismuskritische Soziallehre vor. Soziallehre vor. Das Darmstädter Wort ist eigentlich kein Grund zum Feiern, sondern ein Ruf zur

Umkehr, damals und heute. Dass offenbar kaum jemand, schon gar nicht in Bayern, diesen Ruf zur Kenntnis nimmt und der 8.8.2017 womöglich untergeht, spricht seine eigene Sprache.

„Du siehst mich“ – der AEE auf dem Kirchentag



Foto: Hans-Willi Büttner

„Du siehst mich“ war das Motto des Kirchentags in Berlin und Wittenberg. Gemeint war, dass Gott uns Menschen sieht. Das Logo mit den zwei Augen war einprägsam, auch wenn sich mancher fragte, warum Gott schielt.

Sichtbar werden wollten wir auch als AEE. So hat sich das LT auf dem Markt der Möglichkeiten angemeldet und ist in der Halle „Bürgerchaftliches Engagement“ gelandet.

Unsere kleine Kojе hatte drei Themen: Kirchenasyl, Frieden und autofreier Buß- und Betttag. Wir hatten sie mit unseren Mitteln dekoriert: ein großes Plakat mit der heiligen Martha, die den Drachen zähmt. Damit versuchten wir Leute auf unsere Friedensschrift aufmerksam zu machen. In den Gesprächen warben wir für einen Kurswechsel in der Vermeidung von Konflikten und dass wir meinen, das Militär habe seine Unwirksamkeit in den letzten Kriegen sattem bewiesen hat.

Andere Besucher interessierten sich für Kirchenasyl und wollten wissen, warum Bayern immer noch Leute nach Afghanistan abschiebt.

Immer wieder interessierten sich auch ökumenische Gäste für unseren Stand – siehe das Foto. Kenianische und südafrikanische Bischöfe konnten wir am Stand begrüßen.



Foto: Hans-Willi Büttner

Für die Konfigruppen, die auf der Suche nach Souvenirs den Markt durchstreiften, waren die Luftballons und Sticker von der Buß- und Bettagsaktion interessant. Manchmal konnten wir sie auch in Gespräche verwickeln, ob es denn am Ende in vier Jahren auch erst mal ohne Führerschein ginge, oder eben nicht. Und warum nicht. Klar, umlagert war unser Stand nicht. Aber besucht. Nicht gerade umlagert war übrigens auch der Stand des Evangelischen Arbeitskreises der CSU/CDU direkt gegenüber von uns.

Obwohl er drei Mal so groß wie unserer war und professionell gestaltet. Immer wieder Mal hatten wir Zeit für Gespräche über den Gang, über Kirchenasyl, Feiertage, Sonntagsarbeit oder Massentierhaltung. Oft waren wir gar nicht so weit auseinander, z.B. beim Kirchenasyl und der Feiertagskultur. Und auch der EAK klagt über Überalterung. Fazit: Macht viel Arbeit, kostet Geld und Zeit, macht aber auch Spaß, präsent zu sein.

Hg

AEE – bald wird er 50

Am 4. Dezember 1967 gab es die erste Versammlung, Am 4. März 1968 kamen dann über 200 Interessierte zur Mitgliederversammlung des AEE. In fünf Gruppen „Gottesdienst“, „Konfirmation“, „Kirchenverfassung“, „Politik“ und „Gemeindestruktur“ wurde sofort mit Volldampf an der Kirchenreform gearbeitet.

Ab 1969 gab es „KRIBS“ – die Kritische Begleitung der Synode und die „Berichte und Kommentare“, ab 1972 die Gruppe „Offene Kirche“ in der Landessynode, weitgehend bestehend aus AEE-Mitgliedern. 1970 waren es dann fast 600 AEE-Mitglieder, die sich in Arbeitsgruppen, Tagungen, einem Leitenden Team, Thesen und Ausarbeitungen engagierten.

Immer waren etwa 1/3 der AEE'ler keine Theologen, sondern in ganz verschiedenen Berufen, auch in der Wirtschaft und Politik tätig.

Es ging um eine Parteinahme von Kirche, um Entwicklungshilfe, den Vietnamkrieg oder die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, um die Nachrüstung der 80er Jahre, aber auch um Frauenordination, die

Vielfalt der kirchlichen Berufe, neue Gemeindemodelle oder den Vorsitz im Kirchenvorstand.

Dazwischen wurde immer auch theologisch diskutiert: In „sieben Wegweisern“ oder „Zehn Quellen“, in einer Friedensdenkschrift und Äußerungen zu Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

Wie es sich bei kritischen Christinnen und Christen gehört, gab es immer auch die Frage, ob der AEE seine Aufgabe nicht erfüllt habe und aufgelöst werden könnte. Das erste Mal geschah das schon 1969 und dann immer wieder bis 2006.

Aber wir können tatsächlich in 2018 das Fünfzigjährige des AEE feiern. Klar, wir sind nur noch 250 statt 600 Mitglieder, und der Altersdurchschnitt dürfte näher bei 70 als bei 60 liegen.

Aber der AEE lebt, war erst vor Kurzem beim Kirchentag präsent und packt immer wieder aktuelle Fragen an, wie man im b+k, das es auch immer noch gibt, leicht lesen kann. Mal sehen, was dem Leitendem Team zum 50jährigen einfällt.

Hg



Foto: Geistliche Gemeindeerneuerung

Reformation 2017 – und wie geht es jetzt weiter? Jahrestagung des AEE 7. Oktober 2017 in Nürnberg

Vor 500 Jahren haben Menschen die Welt hinterfragt und sie damit verändert. Christoph Kolumbus, Martin Luther, Johannes Calvin und ihre Mitstreitenden: sie sind von verschiedenen Orten und Denkwelten aufgebrochen: Freiheit, neue Welten, Menschlichkeit und eine neue Art die Welt zu sehen.

2017 feiern wir, was damals angefangen hat. Kurz vor Ende des Reformationsjubiläumsjahrs laden wir im Rahmen unserer Jahrestagung zu einer Denkwerkstatt ein.

Wir wollen uns fragen: Was von dem, was uns in unserer Kirche wichtig ist, wollen wir in die Zukunft tragen? Und wie soll das geschehen – welche Formen sind passend und angemessen für unsere

Zeit? Wie kann Gott ganz neu gedacht, erlebt, gefeiert, besungen und geglaubt werden? Was ist nötig auf dem Weg zu einer dialogischen, offenen und Gerechtigkeits-sensiblen Kirche im ökumenischen Horizont, die den Menschen dient?

Begleiten auf diesem Denkprozess werden uns zwei Referenten: Der Planungsreferent der unserer Landeskirche, Kirchenrat Thomas Prieto Peral wird mit uns ins Gespräch kommen über den Reformprozess „Profil und Konzentration“.

Frau Sigrid Grabmeier vom Bundesteam der katholischen Reformbewegung „Wir sind Kirche“ wird uns von Entwicklungen, Aktionen und Erfolgen der katholischen Kirchenvolksbewegung erzählen.

Noch sucht das LT in seiner Juli-Sitzung nach dem geeigneten Tagungsort: erstmals machen wir mal keine gemeinsame Tagung mit der Evangelischen Akademikerschaft Bayern. Das LT hofft dennoch auf

Foto: Ev. Kirchengemeinde Schneverdingen

viele Mit-Denkerinnen und Mitdenker. Der Tagungsprospekt folgt – bitte den Termin schon mal frei halten!

Heike Komma



Elektromobilität und Friedensethik: Regionalgruppe München kooperiert

Die Münchner Regionalgruppe unseres aee (Sprecher: Gerhard Monninger) tritt immer wieder als Kooperationspartner einer gemeindlichen Veranstaltungsreihe „Treffpunkt Gott und die Welt“ der Münchner Andreasgemeinde auf, die von unserem AEE-Mitglied Lutz Taubert betrieben wird. Und da gab's zwei gut besuchte und berichtenswerte Themen-

Veranstaltungen in der ersten Hälfte des Jahres.

Unter dem Titel „Elektromobilität – zukunftsfähige Lösung oder nur ein Hype?“ wurde ein systematischer Blick auf die Elektromobilität jedweder Ausprägung geworfen – vom Bus und Auto bis zum Fahrrad, vom öffentlichen Sektor bis zum privaten Verkehr. Referenten der Münchner Initiative „green city“

trugen das Thema säkular-kritisch vor, Gerhard Moninger, vormalig Umweltpfarrer unserer Landeskirche, warnte davor, das Elektroauto als neuen Heilsbringer zu feiern – ein Hinweis, der gerade in einer autoverliebten und -abhängigen Stadt wie München angebracht ist.

In einer weiteren Veranstaltung „Friedensethik – eine Utopie?“ ging es um die alljährlich stattfindende Münchner Sicherheitskonferenz (früher: Wehrkundetagung). Erwin Schelbert von der Münchner Studiengesellschaft für Friedensforschung beschäftigte sich mit der Frage, wie überhaupt Sicherheitsdenken und christliche Friedensethik zusammenpassen? Wir AEE-Mitglieder staunten nicht schlecht, als Schelbert eine umfassende Liste wichtiger friedensethischer Erklä-

rungen von der ÖRK-Absage an einen Gerechten Krieg (1948) über die Heidelberger Thesen (1959), Weltversammlung für Frieden Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung 1990, EKD-Friedensdenkschriften 1981 und 2007 bis hin zum Magdeburger Friedensmanifest 2017 präsentierte. Denn an vorletzter Position dieser Liste fanden wir unsere AEE-Schrift „Den Drachen an die Leine nehmen“ vom letzten Jahr! – Notabene: Kooperations-Veranstaltungen wie in diesem Fall mit der Münchner Friedensgesellschaft, der wir, der aee, unsere Friedensdenkschrift quasi ganz offiziell ausgehändigt hatten, scheinen sinnvoll und nachahmenswert.

Lt



„2016 AEE: Alleinige Option für gewaltfreie Konfliktlösungsarbeit“ – Aus der Powerpoint-Präsentation über friedensethische Erklärungen der letzten 60 Jahre. (Foto Taubert)

Regionalgruppen

Nürnberg:

Hans-Willi Büttner hgwb@gmx.de, Hans-Gerhard Koch, hgkoch@nefkom.net

Nächstes Treffen: 11. Juli 2017 18–20 Uhr „Kirchenasyl“ mit Kuno Hauck,
G'haus Lutherkirche, Ingolstädter Str. 146 - U-Bahn Hasenbuck

Bayreuth: Johannes Herold 09287/6709335,

johannes.a.herold@googlemail.com Dr.Jürgen Wolff, 0921/5606811

wolff@ebw.bayreuth.de Nächstes Treffen: Dienstag, 18. Juli 2017, 19.30 auf dem
Herzogskeller Bayreuth

München / Oberbayern/Schwaben:

Gerhard Monninger 089/88983534 gerhardmonninger@web.de

Lutz Taubert, 089-89162036, bachtaube@freenet.de

Leitendes Team

Hans-Willi Büttner, Sprecher

Pfarrer i.R., Fürth, 0911-897832

hgwb@gmx.de

Dr. Karl F. Grimmer, Gemeindepfarrer, 09131-5316550

karlf.grimmer@online.de

Anne-Kathrin Kapp-Kleineidam

Sprecherin, Gemeindepfarrerin, Bayreuth, [Anne-Kathrin. Kapp-](mailto:Anne-Kathrin.Kapp-Kleineidam@elkb.de)

[Kleineidam@elkb.de](mailto:Anne-Kathrin.Kapp-Kleineidam@elkb.de) 0921-6080248

Heike Komma, Religionspädagogin,

Bayreuth, 0921-596904

kirchentreff@gmx.de

Klaus Rettig, Pfarrer i.R., Bayreuth, 0921-5074719
ck.rettig@t-online.de

Lutz Taubert, Redakteur, 089-89162036, bachtaube@freenet.de

Thomas Zeitler, Pfarrer Lorenzer Laden, Nürnberg, 0911-24469970
ladenpfarrer@gmx.de

Beate Rabenstein, Geschäftsführung, Hermann-Löns-Str. 19,
90765 Fürth, 0911-7807204 f-b-rabenstein@gmx.de

Dem AEE beitreten: problemlos möglich über unsere Internetseite www.aee-online.de oder schriftlich

Beitritt

Ich,
(Name)

.....
(Adresse)

werde Mitglied im AEE.

Ich bin einverstanden, dass der Jahresbeitrag von 25 € (Einzelmitglied) 40 € (Paare) und 10 € (Studierende, Erwerbslose) von meinem Konto

..... (IBAN, Bank) eingezogen wird.

.....
(Unterschrift)

Bitte einsenden an: Beate Rabenstein,
Geschäftsführung, Hermann-Löns-
Str. 19,
90765 Fürth, f-b-rabenstein@gmx.de

Herzlich willkommen bei der progressiven Kirchenpartei !



Die Gestalten, die das Gemälde bevölkern, sind Zeitungsfotos und Facebook-Nachrichten, die über den andauernden Konflikt im Nahen Osten berichten, entnommen.

Die Gesichter der Flüchtlinge sind verdeckt, sie tragen Masken, einige versuchen über eine Mauer zu klettern, doch sticht ihnen Stacheldraht entgegen.

Die Quallen repräsentieren den Westen im größeren Sinne: In Grossbritannien beobachten wir die Flüchtlingsbewegung, die weit weg zu sein scheint; anonym, gesichtslos sind ihre Protagonisten. Wie Quallen hinter der Glasscheibe eines Aquariums wabbeln wir untätig schwebend herum, etwas ratlos und apathisch.

Von der hockenden Gestalt, die stechend rot wie der Himmel ist, weiß man nicht, ob sie die Flüchtlingskette beschützend überwacht, oder unheilvoll und herablassend die individuellen Geschehnisse verfolgt...

Die Künstlerin: Leila Kleinedam, z.Z. Edinburgh